



# BURMA REPORT

Juli 2009

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 74

**Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.**

AP, den 3. Juli 2009 - [gulfnews.com](http://www.gulfnews.com)  
<<http://www.gulfnews.com/world/Myanmar/10328201.html>>

## Der Chef der UNO hält sich in Myanmar auf, um sich für die Freilassung Suu Kyis und die politische Aussöhnung einzusetzen.

Rangoon: Der Generalsekretär der UNO sagte, dass er sich bei der Junta Myanmars persönlich für die Freilassung der pro-demokratischen Führerin Aung San Suu Kyi einsetzen werde, räumt aber ein, dass diese Mission, die hohe Aufmerksamkeit findet, "sehr schwierig" sein wird.

Generalsekretär Ban Ki-moon kam am Freitagmorgen in Rangoon an, von wo aus er in die Verwaltungshauptstadt Naypyidaw weiterreisen wird. Es handelt sich hierbei aktuell um Bemühungen, die politische Aussöhnung zwischen dem regierenden Militär und der Opposition zu unterstützen. Ban sagte, dass die Gespräche sich auf die Freilassung aller politischen Häftlinge einschliesslich Suu Kyi richten", sowie auf die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der Militärregierung und ihrer Opposition und der Herstellung von Bedingungen für glaubwürdige Wahlen.

Er wird sich mit dem Juntachef, Senior-General Than Shwe und dem Premierminister General Thein Sein treffen. Ban sagte, dass er den Fall Suu Kyi direkt mit Than Shwe besprechen werde

\*\*\*\*\*

Zin Linn <[zinlinn@cscoms.com](mailto:zinlinn@cscoms.com)>

[NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] NCGUB:  
News & Articles on Burma, Friday, 03 July 2009Friday, 3 July 2009  
[manoramaonline.com](http://manoramaonline.com)

<[www.manoramaonline.com/cgi-bin/MMOnline.dll/portal/ep/contentView.do?contentType=EDITORIAL&programId=1073750968&articleType=&contentId=5667388](http://www.manoramaonline.com/cgi-bin/MMOnline.dll/portal/ep/contentView.do?contentType=EDITORIAL&programId=1073750968&articleType=&contentId=5667388)>

## Junta blockiert Bans Antrag, Suu Kyi besuchen zu können

Naypyidaw, Myanmar, den 3. Juli 2009

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hatte ein Wettreffen mit dem Obersten der Junta Myanmars, Than Shwe, blieb aber ohne klare Antwort auf seine Bitte, die inhaftierte Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, besuchen zu dürfen.

Suu Kyi, die seit zwei Dekaden die Kampagne für Demokratie im ehemaligen Burma anführt, wird zur Zeit wegen Übertretung des Sicherheitsgesetzes der Prozess gemacht. Kritiker sehen darin den Versuch der Generäle, sie aus den Mehrparteienwahlen herauszuhalten, die nächsten Jahr stattfinden sollen.

"Er sagte mir, dass sie vor Gericht stünde. Ich sagte ihm, dass ich sie persönlich sprechen möchte," berichtete Ban Reportern nach einem Treffen mit dem Juntachef, das fast zwei Stunden in der fernab gelegenen neuen Hauptstadt Naypyidaw stattfand.

"Ich warte ... auf ihre Erörterung und Antwort", sagte Ban.

Ban machte kein Geheimnis aus seiner Absicht, sich mit Suu Kyi während seines zweitägigen Besuches zu treffen, von dem Kritiker behaupten, dass er von der Junta instrumentiert wurde, um den Prozess gegen die Nobelpreisträgerin zu legitimieren.

Ban forderte die Freilassung aller politischen Häftlinge vor den Wahlen und einen aussagefähigen Dialog zwischen der Junta und den Oppositionsparteien.

"Diese Wahl sollte glaubwürdig, fair und integrativ und auch eine legitim sein," sagte Ban. "Es wurde mir zugesichert, dass die Behörden Myanmars darauf sehen werden, dass die Wahl in fairer, freier und transparenter Weise stattfinden."

Zuvor war Than Shwe, 76, der in seiner mit Medaillen geschmückten Khaki-Uniform erschienen war, wegen seines Beitrages zu Frieden, Wohlstand und Demokratie von Ban gelobt worden.

"Ich möchte dazu beitragen, Ihr Land nach vorn zu bringen und schätze Ihr Engagement für den Fortschritt Ihres Landes", sagte Ban zum General, der das Regime in Myanmar während 17 der vergangenen 47 Jahre, an der es an der Macht ist, führt.

*Lt. ihrem Anwalt, wurde der Prozess Suu Kyis wegen eines Verwaltungsfehlers seitens des Gerichts am Freitagmorgen aufgeschoben.*

Für Ban ist der Einsatz hoch und das Risiko des Misserfolges gross. Auf halber Strecke seiner fünfjährigen Amtszeit am Steuer der Vereinten Nationen sah er sich der Kritik von Gegner ausgesetzt, die behaupten, dass die zurückhaltende Herangehensweise, mit der er sein Amt ausübt, nichts bringen würde.

Er möchte gerne beweisen, dass sie unrecht haben, sagen UNO-Diplomaten. Vor seinem Besuch sagte Ban zu Reportern, dass er klar machen möchte, dass er keine Illusionen über die Schwierigkeit, die Militärjunta zur Freilassung der politischen Gefangenen zu bewegen, hätte oder sie dazu zu bringen, vor den Wahlen konkrete Schritte hin zur Demokratie zu machen.

"Ich werde mein Bestes geben, glaube jedoch nicht, dass mein Besuch zu einem Alles-oder-Nichts-Ereignis werden soll.," sagte er.

Ban sollte sich mit Vertretern aller "eingetragenen politischen Parteien" in Naypyidaw treffen, einschliesslich denen von Suu Kyis National League for Democracy.

Suu Kyi hat 14 der vergangenen 20 Jahre in Haft verbracht, davon den grössten Teil unter Hausarrest in ihrem Anwesen am See in Rangoon. Während ihres Prozesses wurde sie in das Gästehaus des notorischen Insein-Gefängnisses in der ehemaligen Hauptstadt verbracht.

*Ihr Anwalt teilte mit, dass der Prozess auf den 10. Juli verschoben wurde, weil das Oberste Gericht es scheinbar versäumt hat, Prozessakten an das Landgericht weiterzureichen, vor dem ...*

... ➤ **Suu Kyi am Freitag erschien.**

"Daw Aung Suu Kyi hat mit Erstaunen vermerkt, dass so etwas passieren konnte", sagte der Anwalt Nyan Win zu Reportern.

Die 64jährige Nobelpreisträgerin wird angeklagt, die Auflagen des Hausarrestes gebrochen zu haben, indem sie einem amerikanischen Eindringling im Mai erlaubte, ihr Anwesen zu betreten, was die Anklage als Verletzung des Sicherheitsgesetzes ansieht, das dazu dient, "subversive Elemente" zu vereiteln.

Ban drückte seine Besorgnis darüber aus, dass sein Besuch zu Propagandazwecken durch die Junta missbraucht würde. Trotzdem entschied er sich, zu gehen, in der Hoffnung, die Generäle durch sanfte Diplomatie zu Kompromissen bewegen zu können, wie es Ban bereits vorher gelungen war, Restriktionen für humanitäre Hilfe nach dem Zyklon Nargis aufzuheben.

Analysten meinen, dass Ban Hinweise von den Generälen oder vom UN-Sonderbeauftragten Gambari nach dessen Besuch in der vergangenen Woche erhalten hätte, dass sein Besuch irgendwie zu positiven Ergebnissen führen könne.

Human Rights Watch meint, dass Ban "nicht die Rückkehr der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi in den Hausarrest oder vage Erklärungen zu politischen Reformen als Zeichen eines erfolgreichen Besuches akzeptieren dürfe".

\*\*\*\*\*

Zin Linn <[zinlinn@cscoms.com](mailto:zinlinn@cscoms.com)> -  
[NLDmembersSupportersofCRPPnNLDnDASSK] -  
NCGUB: News & Articles on Burma, Saturday, 04 July 2009 -

## UNO-Besuch bei Aung San Suu Kyi nicht gestattet

Naypyidaw, Myanmar, 4. Juli 2009:(UPI)  
<[http://www.upi.com/Top\\_News/2009/07/04/UN-barred-from-visiting-Aung-Suu-Kyi/UPI-90041246682699/](http://www.upi.com/Top_News/2009/07/04/UN-barred-from-visiting-Aung-Suu-Kyi/UPI-90041246682699/)>

UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon teilte am Sonnabend mit, dass seine Bitte, der pro-demokratischen Führerin Aung San Suu Kyi einen Besuch abstaten zu können, abgelehnt wurde.

Lt. CNN berichtete Ban den Journalisten, die ihn in Myanmar begleiteten, dass sein Antrag, Aung San Suu Kyi, die 13 der vergangenen 19 Jahre unter Hausarrest verbrachte, besuchen zu dürfen, von der das Land regierenden Militärjunta zurückgewiesen wurde.

Wie der US-Sender CNN mitteilte, erklärte Ban dies nach seinem Treffen mit dem Juntachef Than Shwe. Der UN-Chef hielt sich aufgrund einer Einladung der Regierung zu Gesprächen mit Beamten in Myanmar auf. Suu Kyi wird zur Zeit anlässlich eines Zwischenfalls, der sich am 3. Mai ereignete, als ein Amerikaner den See durchschwamm, um ihr Haus zu besuchen und sich dort zwei Nächte hindurch aufhielt, wegen Staatsgefährdung der Prozess gemacht.

Der Besuch des Generalsekretärs in dem Land, das vormals als Burma bekannt war, fand mit der Absicht statt, die Generäle dazu zu überreden, Suu Kyi und weitere politische Häftlinge vor den allgemeinen Wahlen, die im nächsten Jahr stattfinden sollen, freizulassen. Suu Kyi befindet sich die meiste Zeit während der vergangenen zwei Dekaden unter Hausarrest.

"Diese Wahl sollte eine glaubhafte, umfassende und legitime Wahl sein, in der das burmesische Volk seinen Willen frei äussern kann," sagte Ban. "Mir wurde zugesichert, dass die burmesischen Behörden sicherstellen werden, dass die Wahlen in fairer und freier und transparenter Weise durchgeführt werden".

Suu Kyi befindet sich im Gefängnis von Insein

\*\*\*\*\*

Aung Lwin <[M.Lwin@t-online.de](mailto:M.Lwin@t-online.de)> - 11.06.2009  
**Rat der Europäischen Union, Brüssel, den 11. Juni 2009, 10951/09 (Presse 175) - P 65**

## Erklärung der Präsidenschaft im Namen der Europäischen Union zur Flucht von Karen Zivilpersonen aus Burma/Myanmar

Die EU bemerkt mit grosser Sorge die zunehmende Offensive der burmesischen Armee und deren Verbündeten gegen die Nationale Befreiungsarmee der Karen (KNLA), die dazu führt, dass eine grosse Anzahl von Zivilpersonen versucht, aus der Konfliktregion im Kayin/Karen-Staat nach Thailand zu fliehen.

Die EU verlangt die sofortige Waffenruhe und fordert die Behörden und das Militär dazu auf, zu jeder Zeit den

Schutz von Zivilpersonen sicherzustellen und das internationale humanitäre und Menschenrechtsgesetz einzuhalten. Im allgemeinen sollten die Behörden davon Abstand nehmen, militärische Lösungen gegen ethnische Minderheiten anzuwenden; dies fördert nur die Instabilität, Spaltung auf lange Sicht und den Hass.

Statt dessen wiederholt sie ihre Einstandspflicht bezüglich der Bedingungen, die notwendig sind, damit alle Flüchtlinge zurückkehren können, und fordert den Beginn eines umfassenden und zeitgebundenen Prozesses für den politischen Dialog, der zur nationalen Aussöhnung führen soll.

Die EU ist zutiefst besorgt wegen der humanitären Lage Tausender vertriebener Menschen in Thailand. Sie anerkennt die Bemühungen des Royal Government of Thailand, das bereits eine grosse Anzahl burmesischer Flüchtlinge aufgenommen hat und sich bemüht, die notwendige Betreuung für die Neuankömmlinge zu ermöglichen. Die EU hält sich bereit, wo notwendig, mehr Hilfe zu gewähren.

\*\*\*\*\*

BurmaNet News, June 6 - 8, 2009 - Issue #3729 -  
"Editor" <[editor@burmanet.org](mailto:editor@burmanet.org)> - [www.burmanet.org](http://www.burmanet.org)

**Mizzima News**, Montag, den 8. Juni 2009  
<<http://www.mizzima.com/news/world/2264-constitutional-loophole-leaves-door-open-for-forced-labor-ilo.html>>

## Eine Gesetzeslücke in der Verfassung hält die Tür für Zwangsarbeit offen: ILO

Chiang Mai (Mizzima): Ein Komitee für Internationale Arbeiterstandards hat die burmesische Militärregierung dazu aufgerufen, zum einen das existierende Gesetz abzuändern und zum anderen Mängel in der neuen Verfassung, die nächstes Jahr in Kraft treten soll, zu beseitigen, um die im Lande bestehende Zwangsarbeit einzustellen.

Bezugnehmend auf die Konvention über Zwangsarbeit von 1930, stellte ein Expertenkomitee der Internationalen Arbeiterorganisation (ILO) fest, dass die Anwendung von Zwangsarbeit im ganzen Lande in fast 14 Staaten und Bereichen praktiziert wird - und erwähnt das Fehlen eines politischen Willens seitens der Behörden, das Problem anzugehen.

Das Komitee forderte die Regierung auf, das bereits existierende Recht wie auch die neue Verfassung zu ändern, um die Zwangsarbeit wirksam zu bannen, das Verbot zu veröffentlichen .. ➤

... und diejenigen, die sich nicht daran halten, zu bestrafen; es forderte die Regierung weiter auf, "die Anstrengungen zu verdoppeln" und "lange überfällige Schritte" in Kraft zu setzen, um Zwangsarbeit in Burma ein und für alle Mal auszumerzen.

Indem es der Auslegung der Verfassung von 2008 der burmesischen Regierung widerspricht, kam das Komitee zu der Überzeugung, dass der Text des Dokumentes Platz für eine mögliche Erlaubnis der Zwangsarbeit offen lässt und lenkt besonders die Aufmerksamkeit auf eine Klausel, die sich auf "die vom Staat übertragenen Aufgaben in Übereinstimmung mit dem Gesetz im Interesse des Volkes" bezieht.

Weiterhin äusserte das Komitee seine Meinung dahingehend, dass "selbst diejenigen verfassungsmässigen Vorkehrungen, die ausdrücklich Zwangs- oder Fronarbeit verbieten, ausser Kraft gesetzt werden, wo Zwangs- oder Fronarbeit durch das Gesetz selbst vorgeschrieben wird".

Die Junta wies jedoch die Meinung des Komitees zurück mit dem Hinweis, dass über 90% der Wähler dem Referendum vom Mai 2008 zugestimmt hatten und beziehen sich auf Paragraph 15 Absatz VII der Verfassung, der wie folgt lautet: "Der Staat verbietet jegliche Art der Zwangsarbeit ausser Schwerstarbeit als Bestrafung für ordnungsgemäss verurteilte Vergehen und durch den Staat angewiesene Pflichten, die in Übereinstimmung mit dem Gesetz und im Interesse des Volkes stehen".

Es handelt sich jedoch gerade um den Paragraphen 15 Kapitel VII des Dorf- und Stadtgesetzes, den die ILO beanstandet, der umgehende Aufmerksamkeit erfordert bezüglich einer Änderung oder Rücknahme des darin enthaltenen Textes.

Als Antwort zu mehr als 600 Seiten von Beweisen zur Praxis von Zwangsarbeit in Burma, unterbreitet durch die International Trade Union Confederation (ITUC - Internationaler Gewerkschaftsbund), beschuldigt die ILO die Regierung, nicht auf spezifische Fälle, die vorgebracht wurden, eingegangen zu sein und statt dessen vorherige Erklärungen über die allgemeinen Bedingungen und Praktiken der Regierung widerzukäuen, ohne irgendwelche unterstützenden Beweise der Regierungsposition.

Aufgeführt im Protokoll, das die ITUC vorgelegt hat, war der Beweis direkter

Anweisung von Zwangsarbeit durch das burmesische Militär in Dörfern der Karen und Chin, wie auch die Anweisung von Zwangsarbeit während des Wiederaufbaus in der Deltaregion nach den Zerstörungen durch den Zyklon.

In Begründung seines Urteils erinnerte das Komitee die Regierung daran, das bisher im Widerspruch zu Maßregelungen unter Anwendung des Strafgesetzes kein Angehöriger des Militärs wegen mutmasslicher Rechtsübertretungen zur Verantwortung gezogen wurde, mit Ausnahme von drei Fällen, die zu Gehaltsminderungen oder den Verlust von Dienstzeit führten.

China Indien und die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) kamen jedoch alle dem burmesischen Regime zu Hilfe, indem China und Indien auf die positiven Errungenschaften der Junta, einen Termin für das Ende von Zwangsarbeit festzulegen, verwiesen, während Singapur jene Gruppen und Länder kritisierte, die das Thema Aung San Suu Kyi mit dem der Zwangsarbeit verknüpften.

Die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi sieht sich zur Zeit wegen Missachtung der Auflagen ihres Hausarrestes - seinem Prozess gegenüber, einer Anklage, die von vielen Kritikern und Beobachtern als rein politisch angesehen wird.

Burma ratifizierte 1955 unter seinem demokratisch gewählten Premierminister U Nu, die Konvention zur Zwangsarbeit - 50 Jahre vor den ASEAN-Mitgliedern Philippinen und Vietnam.

Die Vereinigten Staaten, China und Kanada sind drei Länder, die die Konvention von 1930 noch zu unterzeichnen haben.

Das Komitee entschied sich, die Situation in Burma nicht vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen, der die höchste Instanz zur Abwicklung von Verstößen durch Zwangsarbeit ist.

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS - June 16, 2009, Issue #3735  
"Editor" <editor@burmanet.org> - www.burmanet.org

## Menschenrechtsexperten der UNO fordern einen fairen und offenen Prozess für Aung San Suu Kyi

Quelle: Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen

<<http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900SID/VDUX-7T3SA3?OpenDocument>>

5 unabhängige Menschenrechtsexperten der UNO forderten am Dienstag die Behörden Myanmars dazu auf, dafür zu sorgen, dass der Prozess gegen Aung San Suu Kyi, Vorsitzende der National League for Democracy und Nobelpreisträgerin sowie zwei ihrer Hilfen "fair und offen" geführt wird.

"Bisher war der Prozess gegen Aung San Suu Kyi und ihre Hilfen voller offenkundiger Verletzungen wesentlicher Verfahrensrechte", sagte Leandro Despouy, Sonderberichterstatter unabhängiger Richter und Anwälte. Indem er darauf hinwies, dass der Prozess die meiste Zeit hinter geschlossenen Türen stattfand und dass es den Medien verwehrt war, mit den Anwälten der Verteidigung zu sprechen, sagte Despouy dass "Transparenz in der Rechtspflege Voraussetzung eines jeden Rechtsstaates sind".

Mit dem Hinweis auf den politischen Übergang, dem sich die Führung Myanmars selbst verpflichtet hat, betonen die Experten, dass Prozesse in einer demokratischen Gesellschaft offene Prozesse sein müssen. "Nationalen und internationalen Medien sollte der volle Zugang zum Prozess gewährt werden", sagte der Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit und -ausdruck, Frank La Rue.

Während der Anklage 14 Zeugen zugestanden wurden, die meisten von ihnen Polizeiangehörige, wurde es bisher nur einem Zeugen des Verteidigungsteams gestattet, eine Aussage zu machen. Es war Antrag auf die Zulassung dreier weiterer Zeugen der Verteidigung gestellt worden. Vergangene Woche wurde dann einem zweiten Zeugen die Anhörung gewährt. "Obwohl dies ein bedeutender Schritt nach vorn ist, muss das Gericht sicherstellen, dass allen Zeugen, die relevante Aussagen machen können, dies auch ermöglicht wird", sagte Despouy.

"Das Gericht hat die Aufgabe, den Prozess fair zu führen und als Voraussetzung für das Prinzip der der ...."



... Gleichheit der Mittel und des Verteidigungsrechtes die Rechte der Parteien zu respektieren.", sagte er und fügte hinzu, dass es unabdingbar sei, dass das Rechtssystem die Übereinstimmung der Fortsetzung des Hausarrests von Aung San Suu Kyi mit dem nationalen Recht und internationalen Standards überprüft.

Die Vorsitzende der UNO-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung, Manuela Carmena Castrilo sagt, dass die Arbeitsgruppe die Weiterführung des Hausarrestes über Mai 2008 hinaus nach internationalen Standards für willkürlich befindet und selbst eine Verletzung des eigenen Gesetzes in Myanmar (Gutachten 46/2008) darstellt. Aus diesem Grunde müsse Aung San Suu Kyi nach Meinung der Experten umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

Am 14. Mai 2009 wurde Aung San Suu Kyi und zwei ihrer Hilfen von den Sicherheitskräften in das Insein-Gefängnis verbracht, wo ihnen von einem ad hoc Sondergericht der Prozess gemacht wird. Sie werden unter dem Staatlichen Schutzgesetz 1975 angeklagt, nachdem eine Person den See durchquerte und zwei Nächte im Hause Aung San Suu Kyis zubrachte.

Aung San Suu Kyi verbrachte während der vergangenen 19 Jahre mehr als 13 Jahre unter Hausarrest. Sie war am 30. Mai 2003 erneut festgenommen worden und ihr Hausarrest anschließend solange verlängert worden, bis das zugelassene Maximum unter den eigenen Gesetzen Myanmars im Mai 2008 erreicht war. Danach wurde es von den Behörden gesetzeswidrig abermals um ein Jahr verlängert.

Deshalb hätte sich Aung San Suu Kyi zum Augenblick, in dem sich der Zwischenfall ereignete, nicht mehr unter Hausarrest befinden dürfen. Ferner stellen die Experten fest, "da der Staat die Verantwortung übernimmt, den Zugang zum Hause Aung San Suu Kyis zu verhindern, wie kann sie dann strafrechtlich für das unerwünschte Eindringen verantwortlich gemacht werden?"

Seit sie 2003 unter Hausarrest gestellt wurde, wurde Aung San Suu Kyi niemals einem Richter vorgeführt. Es scheint paradox, dass gerade jetzt - ein Jahr nach Ablauf ihres Hausarrestes - das Justizsystem bemüht wird, um die weitere Einschränkung ihrer Freiheit zu rechtfertigen.

Die fünf Experten forderten die Behörden Myanmars dazu auf, dem

Justizsystem zu ermöglichen, in einer unabhängigen und unparteiischen Weise zu arbeiten, damit ein offener und fairer Prozess für die Angeklagten garantiert und den Medien ein uneingeschränkter Zutritt gewährt ist.

\*\*\*\*\*

Burma News\_13 June 2009 - "Burma\_News" <[burma\\_news@verizon.net](mailto:burma_news@verizon.net)>, Sun, 14. Jun 2009  
Channel News Asia, 12. Juni 2009 <<http://www.channelnewsasia.com/stories/singaporelocalnews/view/435418/1.html>>

## SM Goh mahnt Myanmar, den nationalen Aussöhnungsprozess fortzusetzen

Rangoon, Myanmar: Singapurs Altminister Goh Chok Tong, mahnte Myanmar, den Prozess der nationalen Aussöhnung und der Demokratisierung fortzusetzen. Während er seinen Vier-Tage-Besuch im Land abwickelte, bemerkte Mr. Goh, dass es Myanmar ohne politische Reform nicht möglich sein wird, zu einem schnellen wirtschaftlichen Wachstum wie in den anderen Länder der ASEAN zu kommen.

Und in diesem Streben nach nationaler Aussöhnung, sagte Mr. Goh weiter, wird Myanmar nicht das internationale Interesse am Prozess der Führerin Aung San Suu Kyi unberücksichtigt lassen können. Mr. Goh berichtete über konstruktive Gespräche mit Myanmars Spitzenführung, unter anderem auch mit Seniorgeneral Than Shwe. Dies hätte ihm Einsichten über die komplexe politische Situation in Myanmar gegeben.

Er sagte: "Ich kann sehen, dass sich Seniorgeneral Than Shwe in einer sehr schwierigen Lage befindet. Er hat dieses Militärregime geerbt - Myanmar hat seit 1962 ein Militärregime - es ist also nicht seine Erfindung. Myanmar befindet sich in einer Sackgasse - wie kann es jetzt zu einer Umkehr kommen? Ich denke, das wird nicht leicht sein." Mr. Goh fügte hinzu, dass die Stabilität Myanmars davon abhängt, drei Parteien zusammenzubringen - die Militärregierung, die ethnischen Gruppen und die Opposition. Siebzehn ethnische Gruppen haben einen Waffenstillstand unterzeichnet, aber es ist immer noch unklar, ob sich alle an den kommenden

Wahlen beteiligen werden.

Mr. Goh bemerkte, dass Seniorgeneral Than Shwe das Land vorsichtig aber praktisch auf den Weg zur Demokratie bringen möchte. Der Haupttest werden 2010 die allgemeinen Wahlen im Lande sein. Mr. Goh meinte, dass dieser Prozess rechtmässig sein müsse - d.h. es müssen faire und transparente Wahlen stattfinden. Er fügte hinzu, dass allen Parteien, die an den Wahlen teilnehmen wollen, die Erlaubnis hierzu gegeben werden müsse, einschliesslich Aung San Suu Kyi und ihrer Partei, der National League for Democracy.

Er sagte: "Falls sie nicht die Kampagne für Ihre Partei durchführen kann, dann könnte man, wer immer auch gewinnen sollte - argumentieren, dass es nicht ganz rechtmässig zugegangen ist, da die Oppositionspartei nicht unter ihrer Führerin antreten konnte". Mr. Goh sagte, dass er die Meinung Singapurs bezüglich der Festnahme von Ms. Suu Kyi übermittelt hätte. Er sagte: "Singapur ist über die Festnahme bestürzt"... und es ist "besorgt über das zu erwartende Urteil und wie es ausfallen wird."

Und obwohl es sich um eine innere Angelegenheit handelt, betonte Mr. Goh, dass Myanmar das internationale Interesse am Prozess gegen Ms. Suu Kyi nicht ignorieren könne, da dies Myanmars internationale Beziehungen beeinflussen würde. Mr. Goh wies darauf hin, dass die neue Administration von Präsident Barack Obama ihre Aussenpolitik überprüfe und dass das Verhalten Myanmars seine Beziehung zu Amerika bestimmen wird.

Er sagte: "Lt. meinen Beobachtungen überprüft die US-Regierung unter Präsident Obama und Aussenministerin Hilary Clinton die Aussenpolitik mit allen Ländern, einschliesslich China, Indien, der islamischen Welt und Nordkorea. "Präsident Obama versucht, anderen die Hand hinzustrecken, auch zu denjenigen, zu denen die US keine guten Beziehungen unterhalten. Zu gegebener Zeit wird auch Myanmar überprüft werden, und sollte Myanmar an guten Beziehungen zu den USA gelegen sein, wird der Ausgang des Prozesses die Beziehungen Myanmar-USA beeinflussen.

"Ich denke, dass der Regierung bewusst ist, dass das internationale Augenmerk auf den Prozess gegen Aung San Suu Kyi und das Urteil gerichtet ist. Aber es ist eine innere Angelegenheit. Wie immer auch das Urteil ..."

... oder der Urteilspruch lauten wird, haben wir nicht die Absicht, ein Vorurteil zu fällen oder die Regierung zu beeinflussen.

Mr. Goh fügte hinzu, dass Investitionen davon abhängen, wie Myanmar regiert wird. Er bemerkte, dass in den Städten mit modernen Gebäuden Fortschritte gemacht werden und mehr Autos zu sehen sind. Die ländlichen Gebiete, wo viele Menschen noch in Schilfhütten leben, verharren jedoch in Armut. Myanmars Premierminister, Thein Sein hatte gesagt, dass er Investitionen aus Singapur begrüßen würde, aber Mr. Goh wies darauf hin, dass dies nicht möglich sein wird, ehe Myanmars Wahlen und deren Ergebnisse bekannt sind.

Er sagte: "Ich glaube nicht, dass irgendwelche Investoren auf breiter Basis aus Singapur kommen werden, ehe die Lage nicht klar ist, bevor der Schritt zur Demokratie nicht Ergebnisse bringt." Mr. Goh sagte, dass er das Land verlassen hätte, mit dem Eindruck, dass seine Argumente zur Kenntnis genommen wurden. "Darüber hinaus kann ich nicht in ihre Köpfe schauen, aber sie hatten mir über eine Stunde eingeräumt und meinen Beobachtungen zugehört. Wir werden sie nicht drängen in dem, was sie tun, und ich bin nicht hergekommen, um Rat zu erteilen. "Aber ich sagte zu ihm, dass wir globale Entwicklungen verstehen müssen, als guter Freund Myanmars konnte ich nur Signale setzen, aber ich machte es sehr klar, dass dies Signale sind".

Mr. Goh erklärte auch, warum Singapur über die Entwicklung in Myanmar besorgt ist. Er sagte, da Myanmar ein Teil der ASEAN ist, wird die ganze Region davon profitieren, wenn Myanmar floriert, und es wird besser sein, eine gedeihende ASEAN zu haben als eine Region mit allerhand Problemen.

\*\*\*\*\*

minye kyawswar <[minyekyawswar8888@gmail.com](mailto:minyekyawswar8888@gmail.com)>  
[8888peoplepower] Latest news: <http://8888newgenerations.blogspot.com/>

**Scoop - Independent News -**  
<<http://www.scoop.co.nz/stories/WO0906/S00119.htm>>  
**Presse bericht vom 11. Juni 2009**

## Aung San Suu Kyis Brief an das Gericht - Terry Evans

Vollständiger Text der Erklärung, unterbreitet beim Gericht von der Generalsekretärin der National League for Democracy, bezüglich der Anklage unter Absatz 256 des Strafgesetzbuches gegen sie.

(a) - 1. Anklage im oben genannten Fall, eingereicht am 11. Mai 2009 bei der Bahan Polizeistation durch Oberstleutnant Zaw Min Aung von der Sonderpolizei gegen Daw Aung San Suu Kyi unter Absatz 22 des Gesetzes "zum Schutze des Staates vor der Gefahr von umstürzlerischen Handlungen - 1975, sowie Daw Khin Khin Win (Tochter des U Tin Ohn). Daw Win Ma Ma (Tochter des U Nyan Lin) und John William Yettaw wegen Beihilfe bezüglich dieser Straftat unter Abschnitt 22 des oben genannten Gesetzes 1975 unter Abschnitt 109 des Strafgesetzbuches

2. Bezüglich der Besuche durch Mr. John William Yettaw erfuhr ich von seinem ersten Besuch am 30. November 2008 durch Daw Khin Khin, die bei mir wohnt. Ich liess diesen Zwischenfall am 4. Dezember 2008 durch Dr. Tin Nyo Win, der mich an diesem Tag zu einem Routine-Check-up besuchte, den Behörden melden. Diese stellten mir keinerlei Fragen, weder erfuhr ich von irgendwelchen Massnahmen, die diesem Bericht folgten. Es erfolgte keine Warnung, die mich darauf hinwies, dass die Behörden in einem solchen Fall des Eindringens in mein Anwesen zu unterrichten seien. Über den zweiten Besuch des Mr. John William Yettaw erfuhr ich erst am Morgen des 4. Mai 2009. Ich forderte ihn auf, mein Haus zu verlassen. Er antwortete mir, dass er in der Nacht gehen werde, da er sonst, sollte er während des Tages gehen, in Gefahr geriete, verhaftet zu werden. Als jedoch der Abend kam, bat er mich, wegen seines Gesundheitszustandes nochmals die Nacht über bleiben zu dürfen.

3. Viele meiner politischen Kollegen und treuen Freunde befinden sich heute im Gefängnis, wo sie lange Strafen absitzen, ohne dass ihnen der Schutz und die Milde des Gesetzes gewährt wird. Mein politisches Gewissen erlaubt mir nicht, irgendjemanden in die Festnahme und Haft zu schicken, deshalb erlaubte ich ihm, vorübergehend in meinem Haus zu verbleiben.

4. Es interessierte mich nicht, um wen es sich bei dem Eindringling handelte, noch was seine Absichten waren, es war mir gleichgültig. Ich hatte vor, diesen Zwischenfall durch meinen Arzt, Dr. Tin Myo bei den zuständigen Behörden melden zu lassen, sobald er zum vorgesehenen Besuchstermin am 7. Mai 2009 zu mir kam. Am 7. Mai 2009 jedoch erhielt Dr. Tin Myo keine Besuchserlaubnis, statt seiner kamen Angehörige der Polizei.

5. Entsprechend dem Zwischenfall vom 30. November 2008 mass ich diesem Zwischenfall keine Bedeutung zu und versuchte, dem Sicherheitspersonal, das mein Haus bewacht, unnötige Schwierigkeiten zu ersparen. Anscheinend akzeptierten die Behörden meine Handlungsweise in diesem Fall, da sie mich diesbezüglich nicht zurechtwiesen. Nach Überprüfung eines wieder einberufenen Zeugen der Anklage, gab dieser vor Gericht an, dass ich wie auch die Behörden für die Sicherheit meines Hauses verantwortlich seien. Diese Erklärung ist absolut falsch.

6. Ich wurde wegen Verletzung der Restriktionen und des Internierungserlasses unter dem "Gesetz zum Schutz des Staates vor der Gefahr von Personen, die umstürzlerische Absichten hegen" angeklagt.

a. Die Aussagen der Zeugen der Anklage vor Gericht und der vom Gericht vorgebrachte Internierungserlass beweisen eindeutig, dass ich die Bedingungen des genannten Internierungserlasses nicht verletzt habe.

b. Die Anklage gab vor Gericht an, dass der Internierungserlass die Einschränkung und den Entzug fundamentaler Rechte der Bürger wie durch die Verfassung der Union der sozialistischen Republik Burma von 1974 festgelegt, bedeutet. Diese Verfassung war nicht in Kraft und brach bei der Machtübernahme des Militärs in 1988 zusammen. Ein Internierungserlass unter der oben genannten Verfassung ist nicht rechtmässig.

7. Der Hauptanlass des Falles ist die Sicherheit - das Fehlen von Sicherheit oder Verstoss gegen die Sicherheit, bis zum heutigen Tag wurden keinerlei Massnahmen gegen das verantwortliche Sicherheitspersonal unternommen. Allein gegen mich wurde Anklage erhoben und ich wurde vor Gericht gestellt. Dies ist ein parteiisches Vorgehen.

8. Ich übergebe hiermit meine Erklärung und plädiere unschuldig in dem gegen mich erhobenen Vorwurf des Verbrechens.

9. Auf Beschluss des Zentralen Rechtshilfeausschusses, festgelegt während der Konferenz des Zentralen Rechtshilfeausschusses am 26. Mai 2009.

Zentralvollzugsausschuss  
National League for Democracy

Ende

\*\*\*\*\*

Aung Lwin <[M.Lwin@t-online.de](mailto:M.Lwin@t-online.de)> - 08.06.2009

BÜRO DES OBERSTEN HAUPT  
QUARTIERS DER KAREN NATIONAL  
UNION KWATHOOLI - **8. Juni 2009**

## **Erklärung der KNU zur Aufforderung der britischen Regierung, einen Dialog mit den ethnischen Gruppierungen zu beginnen**

1. Die Karen National Union begrüsst die Erklärung des für Burma verantwortlichen britischen Aussenministers Ivan Lewis, dass die Teilnahme aller ethnischen Gruppierungen äusserst wichtig für eine nationale Aussöhnung in Burma ist. Der Minister stellte weiter fest: "Die vollständige und gleichberechtigte Teilnahme der ethnischen Gruppierungen in Burma am politischen Prozess muss der Schlüssel zu einer dauerhaften tragfähigen Lösung seiner Probleme sein". Diese Erklärung wurde während einer Debatte im britischen Parlament am 9. Juni abgegeben.

2. Ebenso begrüsst die KNU die Erklärung vom 9. Juni des britischen Ministers für Entwicklungshilfe, Mike Foster, während einer Konferenz der Allparteien-Parlamentsgruppe für Demokratie in Burma, in der gesagt wird, dass die britische Regierung bereit sei, Hilfe für Tausende von Karen-Flüchtlingen zu bringen, die gezwungen waren, vor der neuen Offensive der burmesischen Armee und deren Verbündeten zu fliehen.

3. Die KNU stellt jedoch fest, dass die britische Regierung seit Februar 1949 die burmesische Regierung dazu auffordert, mit der KNU in einen Dialog zu treten, dass aber 60 Jahre später immer noch keine glaubhaften Verhandlungen stattfinden, trotz der Bereitschaft der KNU, solche Gespräche zu beginnen.

4. Es ist offensichtlich, dass der Friedens- und Entwicklungsrat (SPDC) nicht willens ist, den Dialog und politische Lösungen für die Probleme, denen sich das Land gegenüber sieht, zu suchen.

5. Wir fordern daher die britische Regierung auf, sicherzustellen dass der UN-Sicherheitsrat eine bindende Resolution herausgibt, mit der der SPDC aufgefordert wird, die Militärangriffe zu beenden, seine Truppen aus dem Karen-Staat zurückzuziehen, die Behinderung humanitärer Hilfe

einzustellen und glaubhafte Gespräche mit der KNU zu beginnen.

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS - June 11, 2009, Issue #3732  
"Editor" <[editor@burmanet.org](mailto:editor@burmanet.org)> - [www.burmanet.org](http://www.burmanet.org)  
**BBC NEWS, 11. Juni 2009 -**  
<<http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/8095137.stm>>

## **Burmas Karen können nicht mehr nach Hause zurückkehren**

Nach erneuten Gefechten zwischen den Streitmächten der burmesischen Regierung und den Karen-Rebellen sind mehr als 4000 ethnische Karen nach Thailand geflohen.

Viele derjenigen, die während der vergangenen Woche geflohen sind, kamen aus dem Lager von Ler Per für im Landesinnern von Burma vertriebene Menschen, die bereits vorher ihre Heimatdörfer verlassen hatten.

Der Sekretär des Lagers und Leiter der dortigen Schule, Rainbow, berichtet auf der BBC-website über die Gründe der Flucht der Karen und die schwierigen Umstände, denen sie sich jetzt gegenüber sehen.

In der vergangenen Woche griffen Regierungstruppen unser Lager an. Sie bombardierten uns jeden Tag. Der Kampf zwischen der burmesischen Armee und den Karen-Rebellen fand in unmittelbarer Nähe des Lagers statt. Es wurde ein gefährlicher Ort. Deshalb entschieden wir uns, zu gehen.

1264 Menschen lebten in dem Lager. Seit Oktober 2008 zählten wir um die 300 Neuankömmlinge.

Während der letzten Monate hat die Demokratische buddhistische Karen-Armee (DKBA) versucht, die Menschen zu zwingen, sich ihnen anzuschliessen.

Sie wollten die Kontrolle über das Gebiet und sie brauchten mehr Menschen.

Um mehr Druck auf die Dörfer auszuüben, haben sie Minen nahe den Reisfeldern gelegt. Um der Rekrutierung in die Armee zu entgehen, haben viele ihr Heim und ihre Höfe verlassen und sind in die Lager für im Innern Vertriebene gezogen. Höfe wurden niedergebrannt und die Wohnstätten verwüstet.

Es gibt keinen Platz, wohin wir gehen können.

Es gibt jetzt über 3000 Menschen an den verschiedensten Orten auf der thailändischen Seite der Grenze..

Der Exodus der vergangenen Woche wird als der grösste der vergangenen Dekade angesehen.

Wir sind mehr als 1000 in diesem Dorf. Man kümmert sich jetzt um uns, aber das ist wirklich sehr schwierig, da wir zu viele Menschen sind und nicht genügend Platz für die Unterbringung vorhanden ist. Es ist alles sehr überfüllt und es regnet ununterbrochen.

Aber wir können nichts tun. Wir müssen einfach abwarten und sehen, was passiert.

Wir befinden uns in einer sehr schwierigen Lage. Wir können nicht zurückkehren, weil das Militär unser Lager übernommen hat.

Aber hier können wir auch nicht lange bleiben. Wir sind illegal hier und werden letzten Endes Schwierigkeiten mit der thailändischen Behörden bekommen.

Wir können nur hoffen, dass wir bald wieder nach Hause zurückkehren können.

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS - June 4, 2009, Issue #3727 - "Editor" <[editor@burmanet.org](mailto:editor@burmanet.org)> - [www.burmanet.org](http://www.burmanet.org)

**The Irrawaddy**, Today's Newsletter  
Donnerstag, den **4. Juni 2009**

## **Erhaltet den Druck aufrecht**

[http://www.irrawaddy.org/print\\_article.php?art\\_id=15842](http://www.irrawaddy.org/print_article.php?art_id=15842)

Win Tin, ein prominentes Mitglied von Aung San Suu Kyis National League for Democracy (NLD), mahnt die internationale Gemeinschaft, weiter auf ihre Entlassung zu drängen, indem er darauf hinwies, dass der Druck auf die burmesische Junta seit Beginn des Prozesses vor zwei Wochen, der demokratischen Opposition mehr "Atempause" gewährt hätte.

In seinem Gespräch mit dem The Irrawaddy am Donnerstag brachte der 79-jährige Win Tin seine Anerkennung der scharf formulierten Erklärungen der Führer der Welt hinsichtlich der Haft von Suu Kyi zum Ausdruck und verlangte die bedingungslose Freilassung der Nobelpreisträgerin. "Das war sehr eindrucksvoll", sagte er bezüglich der scharfen Botschaften einer Anzahl von Weltführern, bezüglich Suu Kyi, unter ihnen auch US-Präsident .....✍



... Barack Obama und den britischen Premierminister Gordon Brown.

Er dankte ebenfalls Thailands Premierminister Abhisit Vejjajiva und anderen führenden thailändischen Politikern, die die Haft Suu Kyis ungewöhnlich offen kritisierten und das Thema selbst bei einem Treffen der regionalen Chefs ansprachen.

Win Tin begrüßte ebenfalls das Versprechen des UNO-Generalsekretärs Ban Ki-moon nach Burma zurückzukehren. Er fügte jedoch hinzu, dass der Chef der Uno bereit sein müsse, auf sichtbare Ergebnisse zu drängen.

"Sollte er Burma mit leeren Händen verlassen, wäre das ein Rückschlag", meinte er.

Er warnte auch vor einem Nachlassen des Drucks auf das Regime, von dem er glaubt, dass er zu dem Aufschub des Prozesses gegen Suu Kyi geführt hätte, in der Hoffnung, dass der internationale Aufschrei an Momentum verlieren würde.

Der Altpolitiker, der 19 Jahre in Rangons berüchtigtem Insein-Gefängnis verbrachte, in dem sich auch Suu Kyi zur Zeit befindet, sagte, dass das Gericht in dem Versuch, Zeit für das Regime zu gewinnen, sich dem Einspruch gegen eine frühere Entscheidung, drei Zeugen der Verteidigung auszuschließen, gefügt habe,

Der Anklage gegen die Nobelpreisträgerin, die Auflagen ihres Hausarrestes verletzt zu haben, sollten am Freitag die Schlussargumente hinzugefügt werden, die dann den Weg für das weithin erwartete Schuldurteil bereiten sollten, was eine Gefängnishaft bis zu fünf Jahren bedeuten würde.

Suu Kyi, 63, erwarten drei bis fünf Jahre Gefängnis im Falle, dass sie für schuldig befunden würde, die Auflagen des Hausarrestes gebrochen zu haben, indem sie einem amerikanischen Eindringling, der am 4. Mai zu ihrem Haus geschwommen war, erlaubte, sich zwei Tage dort aufzuhalten.

Nach Meinung von Win Tin hat der Prozess zwar zu strengeren Einschränkungen für Suu Kyi geführt, aber die intensive internationale Aufmerksamkeit, die er auf sich zog, machte es den belagerten demokratischen Kräften leichter.

Vor Suu Kyis Festnahme und die Überführung in das Gefängnis von Insein waren die Aktivisten und Dissidenten in

Burma machtlos, irgendwelche Schritte zu unternehmen, ohne dass das Regime sich auf sie stürzte. "Jetzt haben wir hier eine Atempause", sagte er.

Win Tin sagte auch, dass er hinter dem bizarren Zwischenfall, der Suu Kyi vor ein Sondergericht im Insein-Gefängnis brachte, das Regime vermutet.

"Es war eine Inszenierung", sagte er und fragte sich, wie der Amerikaner John William Yettaw, der am 4. Mai zu Suu Kyis Haus schwamm, zu seinem Visum gekommen ist, um nach Burma zurückzukehren, nachdem die Polizei davon unterrichtet war, dass es ihm bereits im vergangenen Jahr gelungen war, den dichten Sicherheitsgürtel um ihr Haus zu durchbrechen.

Es wird berichtet, dass Suu Kyis persönlicher Arzt, Tin Myo Win, das erste Eindringen der Polizei am 4. Dezember 2008 mitgeteilt zu haben. Yettaw betrat ihr Anliegen am 30. November. Er wurde umgehend aufgefordert, zugehen. Es ist nicht ersichtlich, was ihn dazu trieb, sein früheres illegales Eindringen in Suu Kyis Wohnsitz zu wiederholen.

Win Tin kritisierte auch die Bemühungen des Regimes, den Zwischenfall dazu zu benutzen, Suu Kyis Ruf zu besudeln und die Fortsetzung der Haft nach mehr als 6 Jahren Hausarrest zu rechtfertigen.

"Die Menschen in Burma glauben der Propaganda des Regimes nicht", sagte Win Tin und fügte hinzu, dass die Handlungen der Junta zu Unruhe führen könnten.

Als Zeichen dafür, dass das Regime zunehmend Gegenreaktionen befürchtet, hat es die Sicherheit in Rangoon verstärkt, von wo Anwohner berichten, gestern um die 30 Polizeifahrzeuge beobachtet zu haben, die in Richtung Insein fuhren.

Win Tin sagte, dass trotz der Entschlossenheit des Militärs, Suu Kyi im Gefängnis zu halten, die Tochter des burmesischen Unabhängigkeitsführers, keinerlei Groll hegt.

"Sie kennen sie sehr wohl. Sie wissen, dass sie ihnen nicht feindlich gesinnt ist, aber sie möchten sie fortsperrn oder irgendwohin deportieren", sagte er.

Die Generäle begehen jedoch einen grossen Fehler, indem sie versuchen Suu Kyi an den Rand zu drängen, sag-

te Win Tin, denn sie werden sie brauchen, wenn die Zeit gekommen ist die Macht abzugeben.

\*\*\*\*\*

Zin Linn <[zinlinn@cscoms.com](mailto:zinlinn@cscoms.com)> [NLDmembersSupportersofCRPPnNLDnDASSK]  
NCGUB: News & Articles on Burma, Thursday, 18 June 2009

**The Irrawaddy** - Newsletter, June 18, 2009  
<[http://www.irrawaddy.org/article.php?art\\_id=16073](http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=16073)>

## Ban "möchte Suu Kyi frei sehen, bevor er Burma wieder besucht". LALIT K JHA

Die burmesische Junta hat den Generalsekretär der Junta, Ban Ki-moon, eingeladen, nächsten Monat Burma zu besuchen. Quellen der UNO sagen jedoch, dass es unwahrscheinlich ist, dass er annimmt, falls die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi für schuldig befunden und zu einer Gefängnisstrafe oder einer weiteren Periode Hausarrest verurteilt wird.

Die Quellen berichten, dass Ban Ki-moon sicher gehen will, dass sein Besuch in Burma zu konkreten Ergebnissen führen und nicht durch die Junta zu Propagandazwecken missbraucht wird.

Die Quelle der UNO besagt weiter, dass Ban Mitglieder des Sicherheitsrates wie auch seiner Gruppe der Freunde für Burma konsultieren will, bevor er sich entschliesst, die Einladung anzunehmen.

Ein Team von UNO-Beamten bespricht mit burmesischen Behörden die Einzelheiten eines Ban-Besuches in Burma.

Sollte Ban sich entscheiden anzunehmen, dann wird ihm der UN-Sondergesandte, Ibrahim Gambari, vorausgehen. Die Quellen sagen, dass trotz der Erfolglosigkeit, die Gambari bisher gezeigt hat, er doch in enger Verbindung mit den burmesischen Instanzen stand.

Ban hatte Burma im Mai 2008 nach dem Zyklon Nargis besucht und seitdem ein grosses Interesse an einer Wiederholung seines Besuches gezeigt, um diesmal politische Themen mit der Junta zu besprechen - einschliesslich der Schritte hin zur Demokratie und die Freilassung der politischen Gefangenen.

Es wird berichtet, dass Ban sowie ...

... auch Gambari Briefe an die Junta geschrieben haben, mit denen sie ihre Besorgnis über den Prozess gegen Suu Kyi ausdrücken. Die Antwort bleib jedoch "undurchsichtig" sagen Beamte. Gambari hat bezüglich Ban darauf bestanden, dass jeglicher Besuch des Generalsekretärs konkrete Ergebnisse bringen müsse einschliesslich Fortschritte in der Wiederherstellung der Demokratie und der Freilassung Suu Kyis und anderer politischer Häftlinge.

Die Junta hat ihrerseits um bindende Zusagen bezüglich der Aufhebung von Wirtschaftssanktionen gegen Burma durch Mitglieder des Sicherheitsrates - besonders durch die USA, Britannien und Frankreich ersucht. Diese Länder verlangen jedoch, dass die Junta den ersten Schritt tut.

\*\*\*\*\*

"EBO" - News Summary:"Burma\_news"  
<burma\_news@verizon.net> - Fri, 05. Jun 2009 23:01:26

**The Associated Press,  
Prozess gegen  
Aung San Suu Kyi  
um eine Woche  
verschoben 5. Juli 2009**

<<http://www.miamiherald.com/news/world/AP/story/1082667.html>>

Rangoon. Der Prozess gegen Myanmars Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi wegen Verletzung von Auflagen ihres Hausarrestes wurde um eine Woche verschoben, da geprüft wird, ob drei der Zeugen der Verteidigung wieder zugelassen werden können, sagte einer der Anwälte am Freitag.

Wie Anwalt Nyan Win mitteilte, vertagte das Gericht Suu Kyis Prozess bis Freitag, da ein hohes Gericht den Antrag ihrer Anwälte überprüft, ob die Zeugen, denen zuvor die Aussage verweigert wurde, wieder eingesetzt werden können. Das Landgericht gab am Freitag bekannt, dass die Entscheidung am Dienstag fallen wird.

Zuvor hatte das untere Landgericht alle Zeugen der Verteidigung bis auf einen

- den Rechtsexperten Kyi Win, disqualifiziert. Die Zurückgewiesenen sind alle Mitglied in Suu Kyis Partei, der National League for Democracy.

Es handelt sich um den bekannten Journalisten und ehemaligen politischen Häftling Win Tin, den stellvertretenden Parteivorsitzenden Tin Oo, der zur Zeit unter Hausarrest steht und den Juristen Khin Moe Moe.

Sollte das Landgericht nächste Woche die Zeugen ablehnen, so wird It. Suu Kyis führendem Anwalt das Verteidigungsteam beim Obersten Gericht Berufung einlegen, was wiederum zu einer weiteren Verzögerung des Prozesses führen könnte. Das hohe Gericht ist Myanmars oberstes Gericht.

Die Sicherheit um Rangoon war am Freitag besonders dicht. Zeugen berichteten von Lastwagen voller Bereitschaftspolizei und Gruppen von Pro-Junta-Anhängern, die vor dem Landgericht, dem Hauptquartier von Suu Kyis League for Democracy und dem Rathaus im Zentrum Rangoons stationiert waren. Auch in der Stadt patrouillierten Angehörige der Bereitschaftspolizei.

\*\*\*\*\*

Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:

**ဆရာတင်မိုး  
ခွတ်ဒေါင်းအလံခေါ်ရာသို့  
(လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ)  
Gedichte  
Von Saya Tin Moe  
(80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto**

**Zehn Jahre weiter  
Leben und Ansichten eines burmesischen Studenten  
während seiner politischen Gefangenschaft.  
von Moe Aye  
(170 Seiten) in deutsch Euro 10.- + Porto  
Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln  
Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470  
[e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de](mailto:burmabureaugermany@t-online.de)**

**Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?**

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros – zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie, wenn Sie diesen Coupon an das **Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln** schicken.

Name: .....

Adresse: .....

Tel./Fax: .....

e-Mail: .....

Bemerkungen: .....

**Übrigens:** Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto: Postbank, Dortmund Kto.Nr. 45 45 31 468 BLZ.: 440 100 46  
Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470 e-Mail:  
[burmabureaugermany@t-online.de](mailto:burmabureaugermany@t-online.de)

<http://www.burmabureaugermany.com>

<http://www.burma-report.de>

**Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470  
e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de -**

<http://www.burmabureaugermany.com>

<http://www.burma-report.de>